



So blicken niedersächsische Unternehmer auf die Landesregierung

Knapp zwölf Monate nach der Landtagswahl: Welche Forderungen und Wünsche der Branche hat Niedersachsens Regierung erfüllt? Und was hat die Logistiker enttäuscht?



Stephan Weil (SPD, zweiter von rechts), Ministerpräsident Niedersachsens, sitzt während der Abschluss-Presseskonferenz zur Jahresauftaktklausur der Niedersächsischen Landesregierung in der Landespressekonferenz. Daneben sitzen Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen, Kultusministerin Niedersachsens) und Oliver Rickwärtz (dritter von rechts), Mitglied im Vorstand der Landespressekonferenz. (Foto: picture alliance/dpa | Michael Matthey)

28. November 2023 | von Claudia Behrend

Georg Ebeling Spedition

Aus Sicht von Stefan Gulbins, Geschäftsführer der Georg Ebeling Spedition in Wedemark, ist der Zeitpunkt der Mauterhöhung falsch gewählt. Zudem werde es „um unglaubliche 83 Prozent teurer als bisher“. Gulbins: „Es ist eine sehr große Bürde für die Transportwirtschaft, die Kunden vom Vorteil dieser Maßnahme zu überzeugen, das Geld vollständig zu erhalten, es vorzufinanzieren und dann an den Staat zu übergeben.“

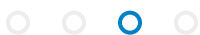
Man könnte zwar alternative Antriebsarten nutzen und dadurch die Maut sparen. „Aber Verfügbarkeit, Förderrichtlinien und die heute nicht vorhandene Ladeinfrastruktur erschweren den Weg zur E-Mobilität“, unterstreicht Gulbins. Um den Kunden eine Alternative anbieten zu können und einen großen Schritt in Richtung Klimaneutralität zu machen, wäre der Einsatz von HVO 100 sinnvoll, aber dafür fehle aus Berlin die Freigabe.

Die Probleme der Branche ließen sich jedoch durch Jammern und die Suche nach Entschuldigungen nicht lösen. „Im Unternehmen haben wir über 400 motivierte Mitarbeiter aus 41 Nationen“, unterstreicht Gulbins. Von deutschen Botschaften, die gegenüber den Fachkräften immer neue Forderungen stellen und dadurch Visaprozesse verlängern, Straßenverkehrsämtern, die keine Termine vergeben, Führerscheinstellen, die Dokumente verlieren, Sondergenehmigungen, die ohne Begründung verneint werden und Ausländerbehörden, die telefonisch nicht zu erreichen sind, aber auch nicht auf Mails reagieren, lasse man sich nicht demotivieren.

„Lieber Olaf Lies, Niedersachsen hat es verdient, die besten Bedingungen vorzufinden. Bitte seien Sie weiterhin mutig und setzen sich neben den LNG-Terminals auch für den Erhalt und Ausbau der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur ein, treiben Sie den Breitbandausbau voran und geben Sie der niedersächsischen Wirtschaft die Impulse, die es braucht, um im Wettbewerb bestehen zu können“, appelliert der Geschäftsführer an den Minister.



Kolja Fichtner, Niederlassungsleiter Göttingen, Zufall Logistics (Foto: Zufall Göttingen)



Wirtschaftsverband Weser

Der Wirtschaftsverband Weser sieht die Forderungen in puncto Anpassungen der Unterweser Nord und der Außenweser erfüllt. „Minister Lies setzt sich für die Weseranpassung ein“, so Geschäftsführer Thomas Voigt. Allerdings sei man auch enttäuscht, da dies nicht alle Regierungsmitglieder so sehen. Enttäuschend sei auch die Verzögerung beim Generalplan Wesermarsch, der seit über einem Jahr nahezu unterschriftsreif sei. „Minister Meyer stellt hier schlicht 20 Millionen Euro des Bundes zur Disposition. Das kommt einer Blockade gleich“, findet Voigt.

Ähnlich differenziert wird beim Ausgleich der Anliegerinteressen: Dass Minister Lies einen Dialog zum Thema Fahrrinnenanpassung initiiert hat, wird sehr begrüßt. „Doch während Minister Meyer in Brake am Dialog teilnimmt, positioniert sich die grüne Landtagsfraktion zeitgleich mit einem Statement gegen die Weseranpassung in der Presse“, kritisiert Voigt. „Das ist schlechter Stil und hilft keinem vertrauensvollen Dialog.“

Grundsätzlich positiv fällt das Fazit bei der Sicherung der Mittelweser aus. Minister Lies zeige Interesse daran und habe sich mit dem Wirtschaftsverband Weser ausgetauscht. „Insbesondere Themen wie die Zukunft neuer Antriebe in der Binnenschifffahrt sind wichtig“, so Voigt. Allerdings fehlten hier noch konkrete Initiativen.

Die Reduzierung der Salzfrachten aus der hessischen Region der Werra und Fulda sei erfüllt worden. Und auch die Forderungen aus dem Koalitionsvertrag seien bisher umgesetzt worden. „Wichtig ist jedoch das weitere Monitoring. Auch wenn die Russland-Sanktionen eine Ausweitung der lokalen Produktion notwendig machen, darf man beim Umweltschutz keine Abstriche machen.“

Und auch die Forderungen in Bezug auf Schiffbarkeit der Oberweser sieht der Wirtschaftsverband erfüllt: „Die Wasserentnahme aus der Edertalsperre ist zunächst gesichert, und die Wassertiefe auf der Oberweser wurde in diesem Jahr sichergestellt“, so Voigt. Wichtig sei nun, auch in Trockenperioden an den bestehenden Vereinbarungen weiter festzuhalten.

„Insgesamt sehen wir Erfolge als auch noch offene Punkte bei der Bewältigung der einschlägigen Weser-Themen“, so der Verbandsgeschäftsführer. „Die niedersächsische Landesregierung weiß, dass die Zukunft der Weserregion von der Umsetzung dieser wichtigen Maßnahmen abhängt. Wir werden als Wirtschaftsverband Weser weiterhin daran arbeiten, diese Ziele zu erreichen.“

4PL Intermodal

Bei 4PL Intermodal in Rotenburg sieht man dringenden Bedarf für ein Update der EU-Richtlinie für Kombinierten Verkehr (KV) und ist daher im November 2022 der Initiative „CT4EU“ beigetreten.

Zwar setze sich die deutsche Politik - und auch das Land Niedersachsen - für den Lang-Lkw im eigenen und grenzüberschreitenden Verkehr ein und 2020 hat der Niedersächsische Landtag das Thema Klima als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen. „Der Ansatz der Stärkung ökologischer und sozial nachhaltiger, klimaneutraler Geschäftsmodelle und Produktion ist allerdings nach einem Jahr neuer Landesregierung nicht zu erkennen“, kritisiert Nils-Olaf Klabunde, Geschäftsführer von 4PL Intermodal.

„Die Reduktion der Trassenpreise ist die wichtigste Sofortmaßnahme aus dem Masterplan Schienengüterverkehr und wurde durch den Bund bis November 2024 fortgeschrieben“, so der Geschäftsführer weiter. „Niedersachsen hat aber keine Idee beim subventionierten Bahnstrom eingebracht.“ Und auch beim Thema der KV-Terminalförderung habe es hier keine einzige Maßnahme gegeben. „Unter dem Strich ist nichts erreicht für den KV - keine gute Bilanz der neuen Regierung.“

Zufall Logistics Group

„Ich habe mir vor einem Jahr mehr Anerkennung für den Beitrag, den die Logistik für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen leistet, erhofft. Das ist leider ungehört geblieben“, konstatiert Kolja Fichtner, Niederlassungsleiter Göttingen, Zufall Logistics Group. Es werde zwar immer wieder betont, wie wichtig die Branche sei, auch als Arbeitgeber. Gleichzeitig werde jedoch beschlossen, die Lkw-Maut fast zu verdoppeln und auf weitere Fahrzeugklassen auszuweiten. „Inmitten einer herausfordernden konjunkturellen Lage halte ich das für schwierig“, so Fichtner. Transportunternehmen werden die steigenden Kosten an ihre Kunden weitergeben müssen, die letztlich über steigende Preise an die Konsumenten weitergereicht werden.

„Das Ziel, über die Mauthöhe die Nutzung alternativer Antriebe attraktiver zu gestalten, ist nicht verkehrt“, macht Fichtner deutlich. Doch noch gebe es keine ausreichenden Kapazitäten am Markt. „Als Unternehmen, bei dem Nachhaltigkeit im Leitbild verankert ist, haben wir in E-Lkws investiert“, berichtet Fichtner. Die 14 Fahrzeuge und der noch laufende Aufbau einer eigenen Ladeinfrastruktur seien durch ein Förderprogramm des Bundes unterstützt worden.

Bei der Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene dagegen bewege sich wenig. „Man bekommt fast unweigerlich den Eindruck, dass die Bahn kein Interesse hat, hier mitzuwirken.“ Trotz Gleisanschluss und einem Kunden mit ausreichendem Volumen seien die Gespräche schon im Anfangsstadium gescheitert. „Mir fehlt hier die Unterstützung der Landesregierung. Die Politik ist deutlich stärker als Richtungsgeber